



Dr. Werner

Münzenmaier

Referent im
Statistischen Landesamt
und Referatsleiter im
Finanzministerium a. D.
Baden-Württemberg.
Er lebt inzwischen in Erfurt.

Baden-Württemberg und Thüringen im Vergleich: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit 1991 bis 2021^{*)}

Am 3. Oktober 2022 wurde in Erfurt der Tag der Deutschen Einheit unter dem Motto „zusammen wachsen“ gefeiert. Damit angesprochen sind Fragen wie: Ist die Gesellschaft in Ost- und Westdeutschland 32 Jahre nach der Wiedervereinigung wirklich zusammengewachsen? Wachsen die neuen und die alten Länder inzwischen zusammen, also gemeinsam, im Gleichschritt? Besonders der zweite Aspekt steht hier im Fokus einer Analyse der beiden Länder Baden-Württemberg und Thüringen.

Warum Baden-Württemberg und Thüringen? Beide Länder weisen bemerkenswerte Gemeinsamkeiten auf:

- Vor der Wiedervereinigung lagen beide Länder im Südwesten des jeweiligen Gebiets, also im früheren Bundesgebiet bzw. in der ehemaligen DDR.
- Internationalen Bekanntheitsgrad erfahren beide Länder durch touristische Highlights: Zum einen Schwarzwald, Schwäbische Alb und Bodensee bzw. Thüringer Wald und Südharz, zum anderen sehenswerte Städte, Burgen, Schlösser und Gärten mit beeindruckender Geschichte.
- Beide Länder umfassen jeweils etwa ein Sechstel der Bevölkerung, der Erwerbstätigen und der Wirtschaftskraft in ihrem Teilgebiet (West- bzw. Ostdeutschland).
- Die Gebiete beider Länder waren politisch jahrhundertlang Flickenteppiche und sind erst nach verschiedenen Fusionsprozessen in ihrer heutigen Form entstanden; nähere Ausführungen finden sich im i-Punkt „Geschichte beider Länder nach 1800“.

- Ohne größere Bodenschätze entwickelten sich im 19. Jahrhundert in beiden Ländern aus Handwerk und Gewerbe weltberühmte Unternehmen mit Schwerpunkten in den Bereichen Maschinen- und Fahrzeugbau, Feinmechanik, Optik und Uhren, Medizintechnik, Spiel- und Schmuckwaren.
- Die damit verbundenen technologischen Pionierleistungen sind heute noch sichtbar. Baden-Württemberg weist unter allen und Thüringen unter den ostdeutschen Ländern die mit Abstand höchste Patendichte auf: 2021 hatte Baden-Württemberg 122, Thüringen 25 Anmeldungen je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohnern.

Bevölkerungsentwicklung

In Abbildung 1 ist die Entwicklung der Bevölkerung beider Länder nach der Wiedervereinigung zwischen 1991 und 2021 dargestellt, und zwar nach den Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR).¹⁾ Während in Baden-Württemberg die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner mehr oder weniger kontinuierlich angestiegen ist und 2021 um 12,2 Prozent höher lag als 1991, hat in Thüringen ein stetiger Rückgang stattgefunden mit dem Ergebnis eines 2021 um 18,4 Prozent niedrigeren Bevölkerungsumfangs als 1991. Baden-Württemberg konnte seinen Anteil an der Bevölkerung Deutschlands von 12,4 Prozent auf 13,4 Prozent und an der Bevölkerung Westdeutschlands von 16 Prozent auf 16,6 Prozent kontinuierlich ausbauen. Das Land Thüringen musste nicht nur einen stetigen Anteilsverlust innerhalb Deutschlands von 3,2 Prozent auf 2,5 Prozent hinnehmen, es hat auch Anteile an der Bevölkerung in Ostdeutschland verloren (Rückgang von 17,7 Prozent auf 16,9 Prozent). 2021 lebten in Baden-Württemberg 11,11 Millionen Menschen, in Thüringen 2,11 Millionen.

Aus Abbildung 2 geht der jährliche Verlauf dieser Entwicklungen hervor. Deutlich wird ein beson-

^{*)} Die Erstveröffentlichung dieses Beitrages erfolgte vom Statistischen Landesamt Baden-Württemberg im Statistischen Monatsheft 4/2023. Das Thüringer Landesamt für Statistik dankt dem Autor und dem Statistischen Landesamt Baden-Württemberg für die freundliche Nachdruckgenehmigung.

¹⁾ Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (Hrsg.): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Reihe 1, Länderergebnisse Band 1, Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2021, Berechnungsstand November 2021/Februar 2022. Stuttgart, März 2022.

Abbildung 1: Bevölkerung in Baden-Württemberg und in Thüringen 1991 bis 2021

Jahr	Baden-Württemberg				Thüringen			
	Bevölkerung	Entwicklung	Anteil an		Bevölkerung	Entwicklung	Anteil an	
			Deutschland	Westdeutschland ¹⁾			Deutschland	Ostdeutschland ¹⁾
	1000	1991 = 100	Prozent		1000	1991 = 100	Prozent	
1991	9904,0	100	12,4	16,0	2590,6	100	3,2	17,7
1996	10260,1	103,6	12,6	16,0	2486,4	96,0	3,1	17,7
2001	10408,2	105,1	12,8	16,1	2400,4	92,7	2,9	17,6
2006	10519,0	106,2	13,0	16,2	2292,1	88,5	2,8	17,5
2011	10495,5	106,0	13,1	16,3	2189,5	84,5	2,7	17,4
2016	10915,8	110,2	13,3	16,5	2164,4	83,6	2,6	17,2
2021	11110,3	112,2	13,4	16,6	2112,6	81,6	2,5	16,9

1) Jeweils ohne Berlin.

Datenquelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“; eigene Berechnungen.

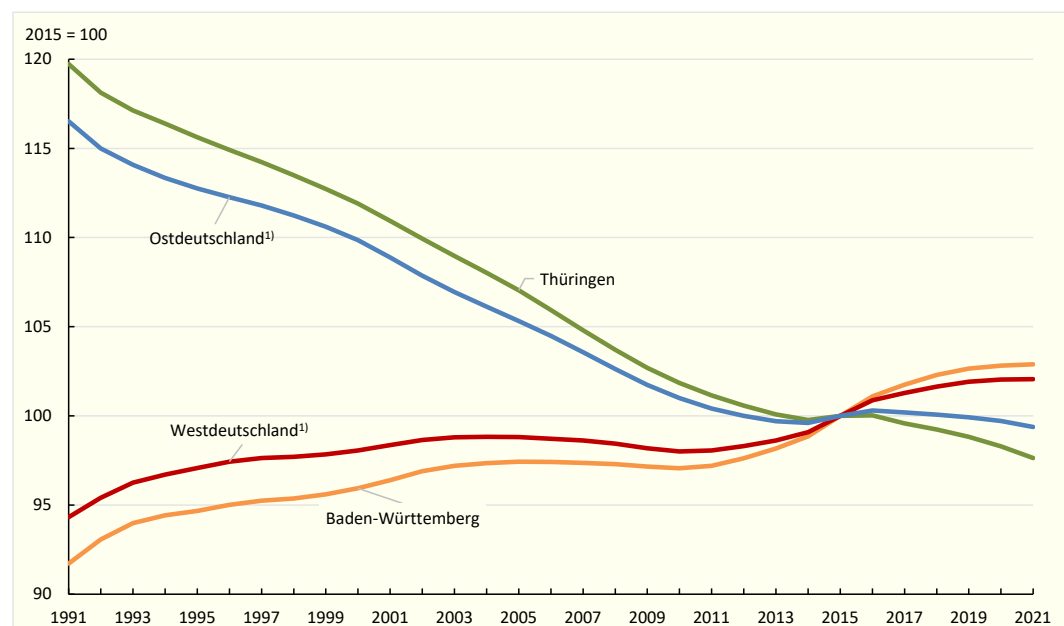
ders starker Anstieg der Bevölkerungszahlen in Baden-Württemberg und in Westdeutschland in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung, der offensichtlich zulasten der ostdeutschen Länder und insbesondere auch Thüringens gegangen ist. Dieses Auseinanderdriften hat sich danach in etwas moderaterer Form fortgesetzt, wobei zwischen 2005 und 2010 in Baden-Württemberg bzw. 2004 und 2010 in Westdeutschland ebenfalls ein leichter Bevölkerungsverlust zu beobachten war. Danach gingen die Bevölkerungszahlen in Baden-Württemberg und Westdeutschland wieder nach oben, besonders stark nach 2014 im Zuge der Aufnahme von Geflüchteten. Aufgrund dessen ist in Thüringen und in Ostdeutschland, bei ansonsten anhaltendem Bevölkerungsrückgang, zwischen 2014 und 2016

ein leichter Bevölkerungsanstieg eingetreten. Außerdem wird deutlich, dass der Bevölkerungsaufbau in Baden-Württemberg kräftiger ausgefallen ist als in Westdeutschland, und der Bevölkerungsrückgang in Thüringen stärker ausgeprägt war als in der Summe der ostdeutschen Flächenländer.

Binnenwanderung zwischen Ost- und Westdeutschland

Verantwortlich für diese Entwicklungen sind vor allem die Binnenwanderungen zwischen Ost- und Westdeutschland.²⁾ Abbildung 3 zeigt einen Wanderungsverlust der ostdeutschen Länder durch sehr

Abbildung 2: Entwicklung der Bevölkerung in Baden-Württemberg und in Thüringen 1991 bis 2021

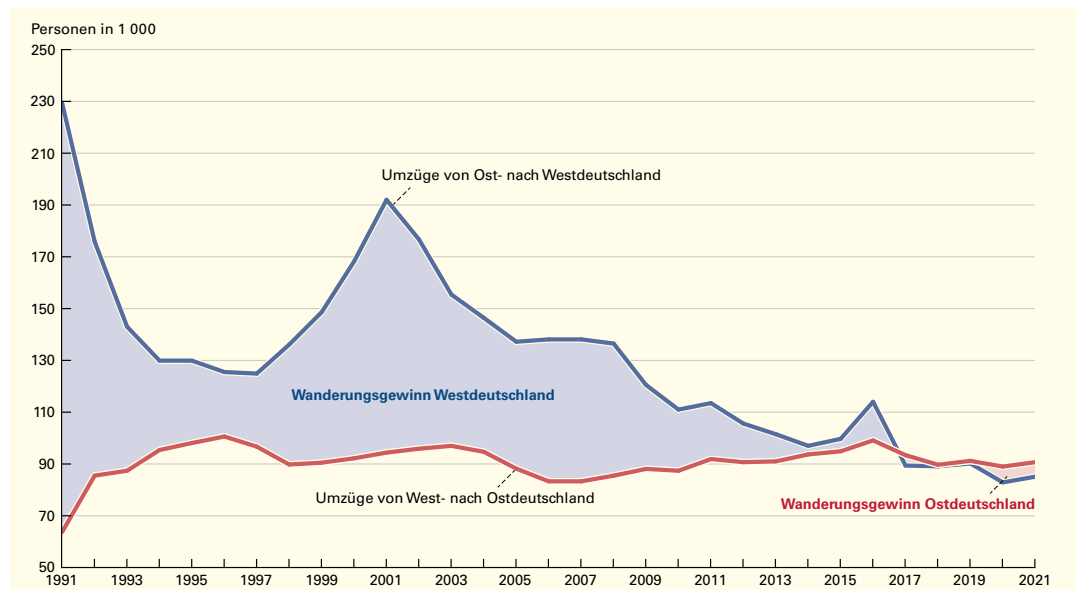


1) Jeweils ohne Berlin.

Datenquelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“.

2) Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung: Wanderungen zwischen West- und Ostdeutschland (1991 bis 2020) https://www.bib.bund.de/Permalink.html?cms_permaid=1217906 (Abruf: 27.02.2023).

Abbildung 3: Entwicklung der Wanderungen zwischen West- und Ostdeutschland^{*)} 1991 bis 2021



*) Jeweils ohne Berlin.
Datenquelle: Wanderungsstatistik.

umfangreiche Fortzüge nach Westdeutschland vor allem in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung. 1991 sind 229 200 Menschen von Ost- nach Westdeutschland umgezogen, aber nur 63 800 Personen haben den umgekehrten Weg gewählt, woraus sich ein Binnenwanderungssaldo in Höhe von 165 400 Personen ergibt.³⁾ Bis Mitte der 1990er-Jahre hat sich dieser Saldo deutlich verringert (1996: 24 900 Personen), danach ist er wieder angestiegen (bis 2001 auf 97 600 Personen) und anschließend mehr oder weniger kontinuierlich zurückgegangen. Ab 2017 hat sich sogar ein Wanderungssaldo zugunsten Ostdeutschlands eingestellt.

Bemerkenswerterweise haben sich die Zuzüge von West- nach Ostdeutschland – nach 1991 mit den genannten 63 800 Personen – über die Jahre hinweg in relativ engen Bahnen bewegt: Die Spitze wurde 1996 mit 100 600 Personen erreicht, die geringsten Werte 2006 und 2007 mit jeweils 83 300 Personen erzielt. Demgegenüber waren die Fortzüge aus Ost- nach Westdeutschland erheblichen Schwankungen unterworfen. Die Abwanderung aus dem Osten belief sich 1991 auf 229 200 Personen und ging danach über 175 900 Personen im Jahr 1992, 143 000 Personen im Jahr 1993 und je 129 900 Personen in den Jahren 1994 und 1995 auf 124 900 Personen im Jahr 1997 zurück; es wurde also zunächst eine gewisse Konsolidierung erreicht. Anschließend erfolgte wieder ein recht steiler Anstieg bis auf 192 000 Abwanderungen im Jahr 2001, bedingt durch einen kurzzeitigen wirtschaftlichen Boom, der vor allem die westdeutschen Länder erreicht hat und an den

ostdeutschen Ländern ziemlich vorbeigegangen ist. Nach einem fast spiegelbildlichen, starken Rückgang auf 120 500 Abwanderungen im Jahr 2009 folgte eine deutlich verlangsamte Verringerung bzw. Verstetigung auf zuletzt 85 100 abgewanderte Personen im Jahr 2021.

Im Zeitraum 1990 bis 2021 haben sich die Umzüge von Ost- nach Westdeutschland auf 4,43 Millionen Personen summiert, die Umzüge von West- nach Ostdeutschland auf 2,85 Millionen Personen. Hieraus errechnet sich ein Bevölkerungsgewinn Westdeutschlands durch Binnenwanderung in Höhe von 1,57 Millionen Menschen, das sind mehr Menschen als die Wohnbevölkerung von München (1,49 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner). Bezogen auf die Bevölkerungszahl 1991 in Ostdeutschland sind dies stattliche 10,6 Prozent, in Bezug auf Westdeutschland immerhin 2,6 Prozent.

3) Nach einer Statistik mit Ostdeutschland einschließlich Ost-Berlin und Westdeutschland einschließlich West-Berlin belief sich der Abwanderungssaldo aus dem Beitrittsgebiet 1991 auf 169 000 Personen, bedingt durch 250 000 Fortzüge und 80 000 Zuzüge gegenüber der früheren Bundesrepublik. Im Vorjahr 1990 war die Situation mit 395 000 Fort- und 36 000 Zuzügen sowie einem Saldo in Höhe von 359 000 Personen noch dramatischer.

•

I Geschichte beider Länder nach 1800

Auf dem Gebiet des heutigen **Baden-Württembergs** hatten bis 1806 rund 300 Staaten territoriale Rechte inne, danach entstanden im Zuge der Auflösung des alten Deutschen Reiches mit dem Königreich Württemberg, dem Großherzogtum Baden und den Fürstentümern Hohenzol-

lern-Hechingen und Hohenzollern-Sigmaringen zunächst vier, nach dem Zusammenschluss der beiden Fürstentümer zu den Hohenzollerschen Landen 1850 drei Staaten bzw. Exklaven. Diese Staaten existierten ab 1919 weiter, bis 1933 unter demokratischen Verfassungen. Nach 1945 wurden zunächst drei Besatzungszonen gebildet, aus denen die Länder Württemberg-Baden, Württemberg-Hohenzollern und Baden entstanden. Nach einer Volksabstimmung haben sich diese drei Länder 1952 zum Land Baden-Württemberg zusammengeschlossen.

Thüringen war bis Anfang des 19. Jahrhunderts ein Flickenteppich verschiedener kleiner Fürstentümer mit oft nicht zusammenhängenden Gebieten, außerdem zwei Reichsstädten und den kurmainzischen Besitzungen Erfurt und Eichsfeld. Mit dem Reichsdeputationshauptschluss wurden die Reichsstädte und die geistlichen Fürstentümer aufgehoben. Nach dem Aussterben von Fürstenlinien gab es ab 1826 auf dem Gebiet des heutigen Thüringen acht Herzog- bzw. Fürstentümer und drei Preußische Regierungsbezirke. Nach dem Ersten Weltkrieg wurden aus den Fürsten- und Herzogtümern Freistaaten mit republikanischer Verfassung, die sich durch Volksabstimmung 1920 zum Land Thüringen mit der Hauptstadt Weimar vereinigten. Die Preußischen Bezirke und damit auch Erfurt blieben außen vor, ebenso das Land Coburg, das sich Bayern angeschlossen hat. Nach dem Zweiten Weltkrieg entstand das Land Thüringen, nun unter Einschluss der ehemals Preußischen Regierungsbezirke, mit der Hauptstadt Erfurt. Allerdings wurde das Land Thüringen bereits 1952 im Zuge umfassender DDR-Verwaltungsreformen wieder aufgelöst und im Wesentlichen in die drei Bezirke Erfurt, Gera und Suhl aufgeteilt. Erst nach der Wiedervereinigung wurde Thüringen als eigenständiges Land mit Erfurt als Landeshauptstadt wieder hergestellt.

Binnenwanderungssalden Baden-Württembergs und Thüringens gegenüber anderen Ländern

Wie haben sich in diesem Rahmen die Binnenwanderungen Baden-Württembergs und Thüringens bewegt? Hierzu gibt eine Sonderauswertung der Binnenwanderungssalden durch das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung Auskunft.⁴⁾ Danach hat Baden-Württemberg nur im Zeitraum 2000 bis 2009 einen nennenswerten Überschuss bei der Binnenwanderung in Höhe von zwei Personen je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohnern pro Jahr

erzielt, höhere Pro-Kopf-Wanderungsüberschüsse hatten Hamburg, Schleswig-Holstein und Bayern aufgewiesen. Im Zeitraum 1991 bis 1999 war der Binnenwanderungssaldo Baden-Württembergs nur leicht positiv, im Zeitraum 2010 bis 2014 ausgeglichen und im Zeitraum 2015 bis 2020 sogar leicht negativ. Während im Zeitraum 1991 bis 1999 mit Bayern, Hamburg, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Hessen ausschließlich westdeutsche Länder besser abgeschnitten haben als Baden-Württemberg, war dies ab 2010 auch bei einigen ostdeutschen Ländern der Fall: Im Zeitraum 2010 bis 2014 bei Brandenburg und Sachsen und im Zeitraum 2015 bis 2020 zusätzlich noch in Mecklenburg-Vorpommern. Baden-Württemberg hat mithin seit der Wiedervereinigung unter dem Strich nicht übermäßig stark von der Binnenwanderung profitiert.

In Thüringen war der Binnenwanderungssaldo im gesamten Zeitraum 1991 bis 2020 negativ. Jeweils bezogen auf 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner lag er im Zeitraum 1991 bis 1999 pro Jahr bei vier Personen, im Zeitraum 2000 bis 2009 bei fünf Personen, im Zeitraum 2010 bis 2014 bei drei Personen und im Zeitraum 2015 bis 2020 bei zwei Personen. Zwischen 1991 und 2009 haben nur Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern schlechter abgeschnitten als Thüringen, im Zeitraum 2010 bis 2014 nur Sachsen-Anhalt und im Zeitraum 2015 bis 2020 nur Bremen. Der auf Ost-West-Wanderungen zurückzuführende Bevölkerungsrückgang war also in Sachsen-Anhalt und in Thüringen besonders ausgeprägt.

Der Wanderungssaldo Thüringens war, zumindest ab 2000, sowohl gegenüber Westdeutschland insgesamt als auch gegenüber der Summe der anderen Länder Ostdeutschlands durchweg negativ.⁵⁾ Das Abwanderungsdefizit gegenüber Westdeutschland belief sich 2000 bis 2008 auf jährlich etwa 10 000 bis 14 000 Personen, reduzierte sich danach aber recht kontinuierlich auf weniger als 1 000 im Jahr 2021. Gegenüber den anderen ostdeutschen Ländern lag der Verlust bis 2003 unter 1 000 Personen, nahm dann stetig zu bis auf knapp 2 300 Personen im Jahr 2006 und bewegte sich im Zeitraum 2007 bis 2017 bei 1 600 bis 3 200 Personen. Nach 2017 erfolgte eine Verringerung bis auf knapp 1 400 Personen im Jahr 2021 und war damit – wie schon 2019 – höher als der Abwanderungssaldo nach Westdeutschland. Insgesamt gesehen erfolgte also in den letzten Jahren eine gewisse Normalisierung bei den Wanderungsverlusten gegenüber den anderen Ländern Deutschlands.

4) Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung: Binnenwanderungssalden nach Bundesländern (1991 bis 2020) https://www.bib.bund.de/Permalink.html?cms_permaid=1217566 (Abruf: 27.02.2023).

5) Thüringer Landesamt für Statistik: Wanderungssaldo nach Herkunfts-/ Zielgebiet, Altersgruppen und Geschlecht in Thüringen. Erfurt, 2022.

Bis 2012 waren die Abwanderungsüberschüsse Thüringens gegenüber Bayern am höchsten, im Anschluss lag Sachsen als Zielland ganz vorne. Unter den westdeutschen Ländern hat Baden-Württemberg bis 2008 hinter Bayern und noch vor Hessen die meisten Thüringerinnen und Thüringer aufgenommen. Danach hat sich die Abwanderung vormals Thüringer Bürgerinnen und Bürger gleichmäßiger auf die westdeutschen Länder verteilt, in den letzten Jahren haben sich im Verhältnis zu einigen Westländern, so auch zu Baden-Württemberg, teilweise sogar leichte Zuwanderungsüberschüsse Thüringens eingestellt. Weitgehend positiv war der Wanderungssaldo Thüringens über die Jahre hinweg nur gegenüber dem Nachbarland Sachsen-Anhalt.

Binnenwanderung zwischen Baden-Württemberg und Thüringen

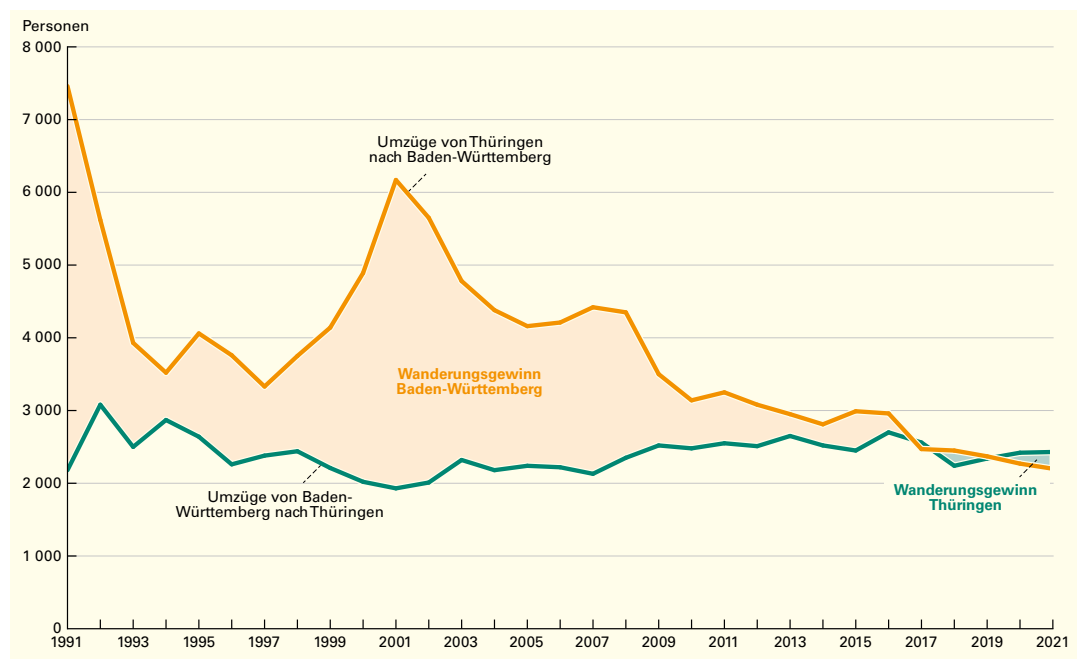
Die Wanderungsbewegungen zwischen Baden-Württemberg und Thüringen sind in Abbildung 4 aufgezeichnet. Das Bild der Zu- und Abwanderungen sowie des Wanderungssaldos zwischen beiden Ländern entspricht weitgehend dem Muster für Ost-West-Wanderungen innerhalb Deutschlands (Abbildung 3). Insbesondere sind die Umzüge von Baden-Württemberg nach Thüringen deutlich ruhiger verlaufen als die Umzüge von Thüringen nach Baden-Württemberg

temberg. Die Fortzüge von Baden-Württemberg nach Thüringen haben nur 1992 mit 3 080 Personen die 3 000er-Grenze übertroffen, in den anderen Jahren lagen sie zwischen 1 930 Personen (2001) und 2 870 Personen (1994) recht nahe beieinander. Die Fortzüge aus Thüringen nach Baden-Württemberg beliefen sich 1991 auf 7 460 Personen und haben sich bis 1994 auf 3 520 Personen mehr als halbiert und nach einem leichten Auf und Ab 1998 mit 3 750 Personen dieses Niveau ungefähr wieder erreicht. Anschließend gingen die Zuzüge aus Thüringen nach Baden-Württemberg recht steil nach oben bis auf 6 170 Personen im Jahr 2001, im Anschluss bis 2005 mit 4 160 Personen ebenso steil nach unten; nach einem Zwischenhoch bis 2008 erfolgte dann ein ziemlich kontinuierlicher Rückgang auf 2 200 Personen im Jahr 2021.

Der Wanderungsgewinn Baden-Württembergs gegenüber Thüringen war 1991 mit 5 280 Personen am höchsten, er hat bis 1994 deutlich auf 650 Personen abgenommen und ist erst nach 1998 wieder nennenswert auf 4 240 Personen im Jahr 2001 angestiegen. In den nachfolgenden Jahren hat er sich stetig verringert, 2017 sowie 2020 und 2021 hat Thüringen sogar einen Wanderungsüberschuss gegenüber Baden-Württemberg erzielt.

Interessant ist die Altersstruktur der Zu- und Fortzüge von Thüringen nach Baden-Württemberg und

Abbildung 4: Entwicklung der Wanderungen zwischen Baden-Württemberg und Thüringen 1991 bis 2021



Datenquelle: Wanderungsstatistik.

Abbildung 5: Wanderungen zwischen Baden-Württemberg und Thüringen 1991 bis 2021 nach Altersgruppen

Jahr	Umzüge aus Thüringen nach Baden-Württemberg							Umzüge aus Baden-Württemberg nach Thüringen						
	Insgesamt	darvon im Alter von ... bis unter ... Jahren						Insgesamt	darvon im Alter von ... bis unter ... Jahren					
		unter 18	18–25	25–30	30–50	50–65	65 und älter		unter 18	18–25	25–30	30–50	50–65	65 und älter
1991	7458	1585	2607	1093	1744	325	104	2178	232	661	424	714	95	52
1992	5623	1451	1334	784	1580	329	145	3076	365	941	652	891	151	76
1993	3931	974	951	522	1044	257	183	2502	339	691	507	741	129	95
1994	3519	868	811	460	941	258	181	2872	454	652	573	883	186	124
1995	4055	954	933	517	1144	283	224	2642	433	565	507	816	170	151
1996	3757	806	934	549	1058	251	159	2261	377	484	390	703	174	133
1997	3330	636	854	513	964	223	140	2377	408	504	348	762	166	189
1998	3752	720	1102	555	1062	204	109	2442	429	553	378	741	180	161
1999	4138	739	1245	609	1178	223	144	2210	364	556	316	667	172	135
2000	4894	874	1498	711	1410	259	142	2021	304	558	309	582	142	126
2001	6173	1108	1965	837	1819	294	150	1926	236	652	316	517	121	84
2002	5647	835	1989	871	1557	276	119	2011	256	670	315	536	145	89
2003	4779	660	1728	783	1240	240	128	2322	311	809	417	566	125	94
2004	4380	518	1662	834	1021	234	111	2184	250	756	417	525	152	84
2005	4159	481	1488	939	968	175	108	2243	312	704	476	533	132	86
2006	4206	442	1492	957	993	196	126	2218	277	668	459	537	174	103
2007	4420	513	1459	1055	1039	212	142	2134	258	653	489	520	110	104
2008	4346	520	1375	1071	1062	208	110	2352	306	693	538	564	152	99
2009	3498	343	1067	915	865	195	113	2524	281	797	550	647	151	98
2010	3135	335	910	758	806	197	129	2478	275	681	560	657	202	103
2011	3250	359	926	820	822	190	133	2554	314	786	507	681	173	93
2012	3083	309	798	776	884	181	135	2507	275	786	516	666	160	104
2013	2949	282	709	761	884	188	125	2646	282	803	513	716	216	116
2014	2806	283	627	756	844	199	97	2521	319	700	480	726	190	106
2015	2993	332	728	742	886	175	130	2445	269	664	475	727	205	105
2016	2963	317	740	745	844	199	118	2701	311	706	508	770	267	139
2017	2473	217	618	602	710	197	129	2556	306	684	418	756	248	144
2018	2445	233	647	572	699	174	120	2241	266	575	354	697	244	105
2019	2369	237	640	504	696	162	130	2343	251	622	351	672	278	169
2020	2266	260	627	455	619	161	144	2417	275	604	340	720	291	187
2021	2196	231	622	456	622	119	146	2433	321	517	376	731	309	179

Datenquelle: Wanderungsstatistik.

umgekehrt. Aus Abbildung 5 wird zunächst deutlich, dass sich die Umzüge von Baden-Württemberg nach Thüringen im Zeitraum 1991 bis 2021 nicht nur insgesamt, sondern auch in den einzelnen Altersgruppen in recht engen Bandbreiten bewegt haben. Lediglich bei den 50- bis unter 65-Jährigen und in abgeschwächter Form auch bei den 65-Jährigen und Älteren ist in den letzten Jahren ein signifikanter Anstieg festzustellen, der auch für die Umkehrung des Wanderungssaldos zwischen beiden Ländern ab 2017 verantwortlich gezeichnet hat. Bei den anderen, quantitativ bedeutsameren Altersgruppen ist dagegen keine klare Tendenz erkennbar. Auffallend ist allenfalls die relativ hohe Anzahl von Zuwanderungen in den drei Altersgruppen von 18 bis unter 50 Jahren zu Beginn der 1990er-Jahre.

Anders sieht es bei den Umzügen von Thüringen

nach Baden-Württemberg aus: Die Abwanderungen aus Thüringen blieben bei den 65-Jährigen und Älteren über die Jahre auf niedrigem Niveau recht konstant, bei den 50- bis unter 65-Jährigen waren sie in der Tendenz rückläufig. Unter Einbeziehung der genannten Entwicklung dieser Altersgruppen bei den Zuwanderungen nach Thüringen scheint dieses Land also für Senioren attraktiver zu sein als Baden-Württemberg; die Motive können persönlicher Natur oder auf geringere Lebenshaltungskosten in Thüringen zurückzuführen sein.

Entscheidend für den Binnenwanderungssaldo ist jedoch Umfang und Entwicklung der Umzüge von Thüringen nach Baden-Württemberg bei den jüngeren Jahrgängen, die das in Abbildung 4 wieder-gegebene Bild der Gesamtwanderung weitgehend allein bestimmen. Bei den unter 18-Jährigen war der

Anteil in den ersten Jahren nach der Grenzöffnung (1991 bis 1996) im Zuge einer Übersiedlung vieler junger Familien mit 21 Prozent bis 26 Prozent besonders hoch, ging in den Folgejahren aber zurück. Ein starkes Gewicht hatte über die Jahre hinweg die Altersgruppe der 18- bis unter 25-Jährigen: Im Jahr 1991 war ihr Anteil an den gesamten Umzügen von Thüringen nach Baden-Württemberg mit 35 Prozent sehr umfangreich, er hat sich bis 1996 auf rund ein Viertel reduziert und ist in den Folgejahren innerhalb des Rahmens von einem Viertel bis gut einem Drittel geblieben. Besonders hohe Zuwanderungen haben wieder in den Jahren 1999 bis 2008 stattgefunden, als der Arbeitskräftebedarf der baden-württembergischen Wirtschaft infolge eines wirtschaftlichen Aufschwungs besonders ausgeprägt war. Ein ähnliches Bild ergibt sich für die Altersjahrgänge der 25- bis unter 30-Jährigen und der 30- bis unter 50-Jährigen, die ebenfalls zu der erwerbsaktiven Bevölkerungsgruppe gehören.

Geburten

Aus den Zahlen wird deutlich: Der umfangreiche Bevölkerungsrückgang in Thüringen bzw. in Ostdeutschland bei gleichzeitigem Bevölkerungszuwachs in Baden-Württemberg und in Westdeutschland, insbesondere in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung, ist auf immense Wanderungsbewegungen von Ost- nach Westdeutschland zurückzuführen. Hinzu kommt eine in den Anfangsjahren deutlich gesunkene Zahl an Geburten in den neuen Ländern.

Für Baden-Württemberg und Thüringen ist die Entwicklung seit 1991 in Abbildung 6 wiedergegeben. Danach ist die Anzahl der Lebendgeborenen in Baden-Württemberg, ausgehend von 118 580 Geborenen im Jahr 1990, zunächst moderat, dann

aber etwas stärker auf 88 820 Geborene im Jahr 2011 zurückgegangen – das ist die geringste Anzahl im gesamten Betrachtungszeitraum und ein Viertel weniger als 1990. Im Anschluss erfolgte ein recht steiler Anstieg – 2021 wurde mit 113 530 Geborenen das Niveau des Jahres 1996 fast wieder erreicht. Der Anteil Baden-Württembergs an der Anzahl aller Lebendgeborenen in Deutschland hat sich über die Jahre hinweg in relativ engen Bandbreiten bewegt (13,4 Prozent bis 14,4 Prozent). Die Schwankungen der Anteilswerte erklären sich zu großen Teilen durch die Entwicklung in Ostdeutschland, wo die Geburten nach 2000 wieder kräftig zu-, nach 2016 aber wieder merklich abgenommen haben.

Ein gutes Beispiel hierfür ist Thüringen. Wie in allen ostdeutschen Ländern war bereits 1991 ein kräftiger Einbruch der Geburten festzustellen: Die Anzahl der Lebendgeborenen hat sich gegenüber 1990 mit damals 28 780 Geborenen auf 17 470 Geborene und damit innerhalb eines Jahres um etwa zwei Fünftel verringert. Im Zuge der Abwanderung junger Menschen, aber auch starker Verunsicherungen und Zukunftsängste der Menschen im Beitrittsgebiet hat sich die Zahl der Lebendgeborenen weiter reduziert; der Tiefpunkt in Thüringen wurde 1994 mit 12 720 Geborenen und damit 56 Prozent weniger als 1990 erreicht. Danach ging es zunächst ziemlich stetig aufwärts bis auf 18 480 Lebendgeborene im Jahr 2016, womit aber immer noch über ein Drittel weniger Geburten registriert wurde als 1990. Im Anschluss hat sich die Zahl der Lebendgeborenen aber wieder deutlich verringert und 2021 mit 15 380 Geborenen das relativ niedrige Niveau des Jahres 1996 fast wieder erreicht. Der Anteil Thüringens an der Gesamtzahl aller in Deutschland Lebendgeborenen hat sich nach 2,1 Prozent im Jahr 1991 über 1,9 Prozent (1996) bis auf 2,6 Prozent (2011) zunächst recht deutlich erhöht, ist danach aber wieder auf 1,9 Prozent im Jahr 2021 zurückgefallen. Bemerkenswert

Abbildung 6: Lebendgeborene in Baden-Württemberg und in Thüringen 1991 bis 2021

Jahr	Baden-Württemberg			Thüringen		
	Lebendgeborene	Entwicklung	Anteil an Deutschland	Lebendgeborene	Entwicklung	Anteil an Deutschland
	1000	1990 = 100	Prozent	1000	1990 = 100	Prozent
1991	117,53	99,1	14,2	17,47	60,7	2,1
1996	114,66	96,7	14,4	15,26	53,0	1,9
2001	101,36	85,5	13,8	17,35	60,3	2,4
2006	91,96	77,6	13,7	16,40	57,0	2,4
2011	88,82	74,9	13,4	17,07	59,3	2,6
2016	107,49	90,7	13,6	18,48	64,2	2,3
2021	113,53	95,8	14,3	15,38	53,4	1,9

Datenquelle: Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung.

sind nicht nur die ausgeprägten Schwankungen der Anteilswerte im Zeitablauf, sondern auch die bereits angedeutete spiegelbildliche Entwicklung im Vergleich zu Baden-Württemberg.

Es gibt zwei wesentliche Ursachen für die Unterschiede in der Geburtenentwicklung in Baden-Württemberg und in Thüringen. Zum einen sind, wie bei der Kommentierung von Abbildung 5 für Baden-Württemberg und Thüringen ausgeführt, gerade in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung viele junge Menschen, teilweise mit Kindern, von Ost- nach Westdeutschland gezogen. Dadurch hat sich die Altersstruktur dauerhaft verschoben mit dem Ergebnis, dass eine merkliche Anzahl von Menschen im Alter der Familiengründungsphase nun in West- und nicht mehr in Ostdeutschland lebt.

Zum zweiten, und das ist für den jährlichen Verlauf ausschlaggebend, hat sich die zusammengefasste Geburtenziffer sehr unterschiedlich entwickelt. Die zusammengefasste Geburtenziffer gibt die durchschnittliche Kinderzahl an, die eine Frau im Laufe ihres Lebens hätte, wenn die Verhältnisse des betrachteten Jahres von ihrem 15. bis zu ihrem 49. Lebensjahr gelten würden. Sie wird durch Addition der altersspezifischen Geburtenhäufigkeiten des betreffenden Jahres für die Frauen im Alter von 15 bis 49 Jahren ermittelt. Die Ziffer ist insofern frei von Einflüssen der jeweiligen Altersstruktur der weiblichen Bevölkerung und ergänzt so die genannten Einwirkungen der nach Altersklassen differenzierten Binnenwanderung.

Nach einer Auswertung des Statistischen Bundesamtes⁶⁾ hat 1990 die zusammengefasste Geburtenziffer in der Dimension „Kinderzahl je Frau“ in Ostdeutschland mit 1,52 diejenige in Westdeutschland in Höhe von 1,45 noch übertroffen, ging im Anschluss aber viel stärker zurück. 1995 lag sie mit 0,84 nicht nur um 45 Prozent unter dem Wert von 1990, sondern auch deutlich niedriger als die Ziffer Westdeutschlands mit 1,34. Auch danach blieb die Geburtenziffer in Westdeutschland mit 1,41 (2000) und 1,36 (2005) zunächst über den Vergleichswerten in Ostdeutschland mit 1,21 bzw. 1,30. Ab 2010 hat aber die Geburtenziffer Ostdeutschlands diejenige Westdeutschlands zunächst übertroffen, bis 2015 um jeweils 0,06 bis 0,08 Punkte. Im Jahr 2016 wurde sowohl in Ostdeutschland mit 1,64 als auch in Westdeutschland mit 1,60 die höchste zusammengefasste Geburtenziffer erzielt. Danach erfolgte in Ostdeutschland ein etwas stärkerer Rückgang als in Westdeutschland, und 2021 war die Geburtenziffer im Westen mit 1,60 erstmals wieder merklich höher als im Osten mit 1,54.

2021 hat Baden-Württemberg hinter Niedersachsen die höchste zusammengefasste Geburtenziffer (1,63) erzielt, während Thüringen (1,53) insoweit nur Berlin, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und das Saarland hinter sich gelassen hat.

Beteiligung am Erwerbsleben

Die genannten Verschiebungen in der Altersstruktur zwischen Ost- und Westdeutschland im Zuge der Ost-West-Binnenwanderungen haben außerdem erhebliche Auswirkungen auf die Beteiligung der Menschen am Erwerbsleben in beiden Gebieten. In Abbildung 7 sind die Daten zum Erwerbsleben für Baden-Württemberg und Thüringen zusammengestellt, sie basieren auf den Erhebungen des Mikrozensus bzw. der EG-Stichproben über Arbeitskräfte. Die Definitionen werden im i-Punkt „Definitionen und Begriffsbestimmungen“ näher erläutert.

Auffallend ist zunächst ein kontinuierlicher Bevölkerungs- und Erwerbspersonenzuwachs in Baden-Württemberg und ein ebenso kontinuierlicher Bevölkerungs- und Erwerbspersonenrückgang in Thüringen. Vor allem aber hat sich durch die erwähnte Konzentration der Ost-West-Umzüge auf Altersjahrgänge im erwerbsfähigen Alter ein überproportionales Auseinanderdriften bei den Erwerbspersonen eingestellt. Im Zeitraum 1991 bis 2021 hat in Baden-Württemberg die Zahl der Erwerbspersonen mit + 20,6 Prozent deutlich stärker zugenommen als die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner mit + 12,2 Prozent, und umgekehrt hat sich in Thüringen die Zahl der Erwerbspersonen mit – 26,2 Prozent erheblich kräftiger verringert als die Bevölkerung mit – 19,7 Prozent. Dementsprechend ist die Erwerbsquote, also der Anteil der Erwerbspersonen an der ortsansässigen Bevölkerung, in Baden-Württemberg kontinuierlich angestiegen (von 50,6 Prozent im Jahr 1991 auf 54,4 Prozent im Jahr 2021), in Thüringen tendenziell gesunken (von 55 Prozent im Jahr 1991 auf 50,5 Prozent im Jahr 2021). Trotzdem, und das ist genauso bemerkenswert, blieb die Erwerbsquote in Thüringen bis 2011 über derjenigen in Baden-Württemberg. Dies dürfte hauptsächlich auf die traditionell deutlich höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen in der früheren DDR zurückzuführen sein, die offensichtlich nach der Wende noch angehalten hat.

6) Statistisches Bundesamt: Geburtenziffer 2021 erstmals seit 2017 gestiegen. Pressemitteilung Nr. 326 vom 3. August 2022.

1 Definitionen und Begriffsbestimmungen

Die in den Abschnitten **Bevölkerung** und **Erwerbstätigkeit** verwendeten Begriffe folgen den Definitionen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR).

Zu den **Einwohnerinnen und Einwohnern** gehören demnach alle Personen (Deutsche und Ausländerinnen bzw. Ausländer), die in Deutschland bzw. im betreffenden Land ihren ständigen Wohnsitz haben, nicht jedoch die Angehörigen ausländischer Missionen und Streitkräfte. Die Einwohnerinnen und Einwohner werden in den VGR prinzipiell als Jahresdurchschnittszahl ausgewiesen. Die in den VGR verwendete Darstellung der **Erwerbstätigkeit** folgt dem Inlandskonzept (Erwerbstätige am Arbeitsort). Erfasst werden alle erwerbstätigen Personen, die im jeweiligen Gebiet ihren Wohn- und Arbeitsort haben, zuzüglich der außerhalb dieses Gebietes wohnenden Personen, die als Einpendlerinnen bzw. Einpendler in diese Region ihren Arbeitsort erreichen. Zu den Erwerbstätigen rechnen alle Personen, die eine auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben, unabhängig von der Dauer der tatsächlich geleisteten oder vertragsmäßig zu leistenden Arbeitszeit. Für die Zuordnung als Erwerbstätige ist es außerdem unerheblich, ob aus dieser Tätigkeit der überwiegende Lebensunterhalt bestritten wird. Im Falle mehrerer Tätigkeiten wird der oder die Erwerbstätige nur einmal gezählt (Personenkonzept). Grundlage für diese Definition bilden die von der International Labour Organization (ILO) aufgestellten Normen, die auch in das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 2010 eingegangen sind.

Die im Abschnitt **Beteiligung am Erwerbsleben** dargestellten Größen beziehen sich stets auf die ortsansässige Bevölkerung (Inländer- oder Wohnortkonzept). Die verwendeten Begriffe entsprechen ebenfalls den Definitionen der International Labour Organization (ILO). Innerhalb der Bevölkerung ist zunächst zu unterscheiden zwischen Erwerbspersonen und Nichterwerbspersonen.

Die **Erwerbspersonen** setzen sich zusammen aus den Erwerbstätigen und den Erwerbslosen. **Erwerbstätige** im Sinne der ILO-Definition sind

Personen im Alter von 15 Jahren und mehr, die mindestens 1 Stunde in der Woche gegen Entgelt irgendeiner beruflichen Tätigkeit nachgehen bzw. in einem Arbeitsverhältnis stehen oder selbstständig ein Gewerbe, einen freien Beruf, ein Handwerk oder eine Landwirtschaft betreiben oder als mithelfende Familienangehörige im Betrieb eines Familienmitgliedes mitarbeiten, ohne dafür Lohn oder Gehalt zu beziehen. Einbezogen sind ferner Soldatinnen und Soldaten und Personen in Freiwilligendiensten. Als Erwerbstätige gelten auch Personen, die vorübergehend nicht arbeiten, sofern sie formell mit ihrem Arbeitsplatz verbunden sind (zum Beispiel Urlauber/-innen, Kranke, Streikende, Mutterschafts- und Elternurlauber/-innen, Schlechtwettergeldempfänger/-innen). Die Bedeutung des Ertrages der Tätigkeit für den Lebensunterhalt ist hierbei unerheblich.

Erwerbslose sind Personen ohne Erwerbstätigkeit im Alter von 15 bis 74 Jahren, die sich in den letzten 4 Wochen aktiv um eine Arbeitsstelle bemüht haben und sofort, das heißt innerhalb von 2 Wochen für die Aufnahme einer Tätigkeit zur Verfügung stehen. Dabei spielt es keine Rolle, ob eine Person bei einer Arbeitsagentur als arbeitslos gemeldet ist oder nicht. Diese Abgrenzung folgt dem Labour-Force-Konzept der ILO. Die Unterschiede zwischen den Erwerbslosen und den **Arbeitslosen** der Bundesagentur für Arbeit sind erheblich. Einerseits können nicht bei den Arbeitsagenturen registrierte Arbeitssuchende erwerbslos sein. Andererseits zählen Arbeitslose, die eine Tätigkeit von weniger als 15 Wochenstunden ausüben, nach ILO-Definition nicht als Erwerbslose, sondern als Erwerbstätige.

Nichterwerbspersonen sind Personen, die im Berichtszeitraum weder erwerbstätig noch erwerbslos waren. Rentnerinnen und Rentner und Pensionärinnen und Pensionäre sowie Personen, die sich in Bildung befinden, werden ebenfalls den Nichterwerbspersonen zugeordnet.

Die im Abschnitt **Arbeitslosigkeit** untersuchten **Arbeitslosenquoten** sind definiert als registrierte Arbeitslose, bezogen auf die Anzahl der zivilen Erwerbspersonen zum Berichtsmonat Juli des betreffenden Jahres. Die Arbeitslosenquoten werden für den Wohnort der Arbeitslosen bzw. der Erwerbspersonen ermittelt.

Abbildung 7: Bevölkerung in Baden-Württemberg und Thüringen 1991 bis 2021 nach Beteiligung am Erwerbsleben

Jahr ^{1) 2)}	Baden-Württemberg					Thüringen					
	Bevölkerung insgesamt	davon				Bevölkerung insgesamt	davon				
		Erwerbspersonen					Nichterwerbspersonen	Erwerbspersonen			
		zusammen	davon		Erwerbslose ³⁾			zusammen	davon		Erwerbslose ³⁾
			Erwerbstätige	Erwerbslose ³⁾					Erwerbstätige	Erwerbslose ³⁾	
1000											
1991	9860	4991	4831	160	4869	2598	1428	1259	170	1170	
1996	10331	5119	4764	355	5212	2499	1319	1082	237	1180	
2001	10538	5229	4977	252	5309	2426	1282	1079	202	1144	
2006	10739	5525	5174	351	5214	2324	1235	1041	194	1089	
2011	10494	5530	5334	196	4964	2187	1174	1085	89	1014	
2016	10935	5973	5790	182	4962	2169	1110	1053	57	1059	
2021	11063	6018	5825	194	5045	2086	1054	1017	36	1032	
	Anteil an der Bevölkerung in Prozent										
1991	100	50,6	49,0	1,6	49,4	100	55,0	48,4	6,5	45,0	
1996	100	49,6	46,1	3,4	50,5	100	52,8	43,3	9,5	47,2	
2001	100	49,6	47,2	2,4	50,4	100	52,8	44,5	8,3	47,2	
2006	100	51,5	48,2	3,3	48,6	100	53,1	44,8	8,4	46,9	
2011	100	52,7	50,8	1,9	47,3	100	53,7	49,6	4,1	46,4	
2016	100	54,6	53,0	1,7	45,4	100	51,2	46,8	2,6	48,8	
2021	100	54,4	52,6	1,8	45,6	100	50,5	48,8	1,7	49,5	

1) Ab 2005: Umstellung auf ein unterjähriges Erhebungskonzept. Die Vergleichbarkeit zu den Vorjahren (Berichtswochenkonzept) ist daher nur bedingt gegeben. – 2) Ab 2011: Hochrechnung anhand der Bevölkerungsfortschreibung auf Basis des Zensus 2011. – 3) Ab 2005: Nur Erwerbslose, die kurzfristig, das heißt innerhalb von 2 Wochen für eine Beschäftigung verfügbar waren und in den letzten 4 Wochen aktiv eine Beschäftigung gesucht haben. – Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen. Datenquellen: Mikrozensus, EG-Stichprobenerhebung über Arbeitskräfte.

Nach den Daten des Mikrozensus hat sich nach der Wiedervereinigung die Zahl der in Baden-Württemberg wohnenden Erwerbstätigen ziemlich parallel zur Zahl der Erwerbspersonen entwickelt, der Zuwachs von 1991 auf 2021 betrug jeweils + 20,6 Prozent. Der Anteil der Erwerbslosen an der Bevölkerung war 2021 mit 1,8 Prozent ähnlich niedrig wie 1991 mit 1,6 Prozent; vor allem aus konjunkturellen Gründen haben sich während dieser gut 30 Jahre teilweise höhere Erwerbslosenquoten eingestellt, beispielsweise 1996 mit 3,4 Prozent. In Thüringen stellt sich die Situation ganz anders dar: Schon 1991 war die Erwerbslosenquote mit 6,5 Prozent merklich größer als in Baden-Württemberg und hat sich bis 1996 noch einmal auf 9,5 Prozent erhöht. Oder von einer anderen Seite betrachtet: Die Zahl der in Thüringen wohnenden Erwerbstätigen hat sich 1996 gegenüber 1991 um 177 000 Personen oder 14,1 Prozent verringert, der Anteil der Erwerbstätigen an der Wohnbevölkerung ist von 48,4 Prozent auf 43,3 Prozent zurückgegangen. Danach hat sich jedoch eine merkliche Entspannung eingestellt: Der Rückgang der Erwerbstätigenzahlen hat sich abgeflacht, die Erwerbslosenquote ist ziemlich stetig gesunken und hat 2021 mit nur noch 1,7 Prozent sogar den

Wert für Baden-Württemberg knapp unterschritten. Allerdings konnte der Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung in Thüringen 2021 mit 48,8 Prozent das Niveau von 1991 mit 48,4 Prozent nur leicht übertreffen, während für Baden-Württemberg in diesem Zeitraum eine Zunahme von 49 Prozent auf 52,6 Prozent ermittelt wurde. Die Abweichungen hängen letztlich mit den Unterschieden in den Erwerbsquoten zusammen, die auf die erwähnten Verschiebungen in der Altersstruktur beider Länder zurückzuführen sind. Der Anteil älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung ist in Thüringen signifikant höher als in Baden-Württemberg.

Erwerbstätigkeit

In Abbildung 8 ist die Entwicklung der Zahl der Erwerbstätigen in Baden-Württemberg und Thüringen dargestellt,⁷⁾ und zwar nach dem Konzept der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR), das im i-Punkt „Definitionen und Begriffsbestimmungen“ näher erläutert ist. Dadurch bestehen konzeptionelle Abweichungen zu den in Abbildung 7 dargestellten, über den Mikrozensus erhobenen Erwerbstätigen-

7) Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (Hrsg.): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Reihe 1, Länderergebnisse Band 1, Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2021, Berechnungsstand November 2021/Februar 2022, a. a. O.

Abbildung 8: Erwerbstätige in Baden-Württemberg und in Thüringen 1991 bis 2021

Jahr	Baden-Württemberg				Thüringen			
	Erwerbstätige	Entwicklung	Anteil an		Erwerbstätige	Entwicklung	Anteil an	
			Deutschland	Westdeutschland ¹⁾			Deutschland	Ostdeutschland ¹⁾
	1000	1991 = 100	Prozent		1000	1991 = 100	Prozent	
1991	5 174,5	100	13,3	17,0	1 227,6	100	3,2	18,1
1996	5 152,3	99,6	13,5	17,0	1 053,2	85,8	2,8	17,4
2001	5 556,7	107,4	13,9	17,2	1 057,7	86,2	2,7	18,0
2006	5 563,4	107,5	14,1	17,2	1 017,1	82,9	2,6	17,8
2011	5 803,6	112,2	14,0	17,1	1 049,3	85,5	2,5	17,9
2016	6 167,3	119,2	14,1	17,2	1 041,2	84,1	2,4	17,6
2021	6 307,0	121,9	14,0	17,1	1 018,5	83,0	2,3	17,2

1) Jeweils ohne Berlin.

Datenquelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“; eigene Berechnungen.

zahlen. Über erhebungs- bzw. ermittlungstechnische Unterschiede hinaus ist zu beachten, dass die in Abbildung 8 dargestellten Erwerbstätigen dem Arbeitsort zugeordnet sind, während die in Abbildung 7 aufgeführten Erwerbstätigen, wie alle dort zusammengestellten Indikatoren, am Wohnort gezählt werden. Diese inhaltlichen Unterschiede spielen bei umfangreichen Berufspendlersalden eine erhebliche Rolle, so auch im Falle von Baden-Württemberg und Thüringen. Tatsächlich liegen die Zahlen der in Abbildung 8 dargestellten Erwerbstätigen am Arbeitsort Baden-Württemberg über die Jahre hinweg deutlich über den in Abbildung 7 aufgeführten Erwerbstätigen am Wohnort Baden-Württemberg, was den großen Saldo an Berufseinpendelnden in den Südwesten widerspiegelt. Umgekehrt verhält es sich bei Thüringen, das einen Saldo an berufsbedingt Auspendelnden in andere Länder aufweist.⁸⁾

Die Entwicklung beider Erwerbstätigenziffern ist weitgehend parallel verlaufen: Im Zeitraum 2021 gegenüber 1991 hat sich in Baden-Württemberg bei den über den Mikrozensus erfassten Erwerbstätigen am Wohnort (Abbildung 7) eine Zunahme um 20,6 Prozent ergeben, bei den im Rahmen der VGR ermittelten Erwerbstätigen am Arbeitsort (Abbildung 8) ein Anstieg um 21,9 Prozent. In Thüringen stehen sich Abnahmen um 19,2 Prozent (Mikrozensus/Wohnort) und 17 Prozent (VGR/Arbeitsort) gegenüber.

Die jährliche Entwicklung der Erwerbstätigen an den Arbeitsorten Baden-Württemberg und Thüringen bzw. West- und Ostdeutschland geht aus Abbildung 9 hervor. Auffallend ist vor allem der kräftige Rückgang der Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland und in Thüringen zwischen 1991 und 1992: Ostdeutschland hat innerhalb eines Jahres 824 800 der bisher dort

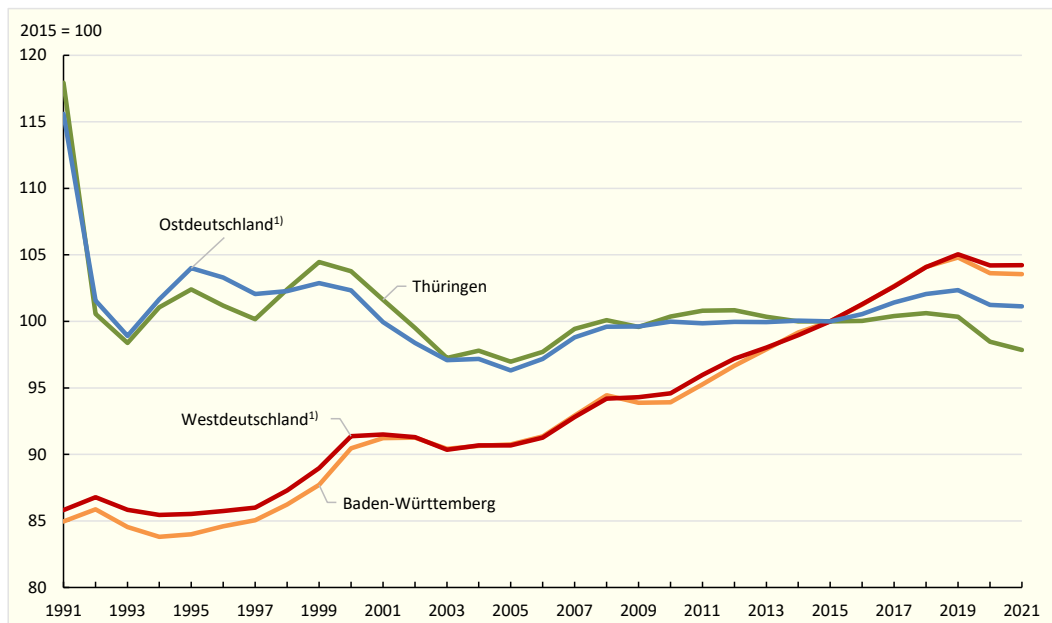
erwerbstätigen Personen verloren, das entspricht einem Rückgang um 12,1 Prozent. Ein Teil dieser zuvor im Osten erwerbstätigen Menschen hat einen Arbeitsplatz in Westdeutschland gefunden, die Zahl der dort Erwerbstätigen ist von 1991 auf 1992 um 340 900 Menschen oder um 1,1 Prozent angestiegen. Überdies zeigt die Wanderungsstatistik für die ersten beiden Jahre nach der Wiedervereinigung die umfangreichsten Umzüge von Ost- nach Westdeutschland (Abbildung 3). Ein nicht geringer Teil der 1991 noch in Ostdeutschland erwerbstätigen Männer und Frauen hat sich jedoch in der Arbeitslosigkeit wiedergefunden: Zwischen 1991 und 1992 hat sich die Zahl der registrierten Arbeitslosen in Ostdeutschland um 273 600 Menschen auf 1,279 Millionen Personen erhöht, das ist der höchste Arbeitslosenstand in den neuen Ländern. Allerdings ist in diesem Zeitraum auch die Arbeitslosenzahl im früheren Bundesgebiet angestiegen, wenn auch deutlich geringer um 102 800 Personen auf 1,699 Millionen Arbeitslose.

In Thüringen ist der Rückgang der dort beschäftigten Erwerbstätigen zwischen 1991 und 1992 mit – 14,7 Prozent noch drastischer ausgefallen als in Ostdeutschland, 180 800 Menschen haben ihren Arbeitsplatz verloren. Die Erwerbstätigenzunahme in Baden-Württemberg belief sich auf 56 700 Personen, das sind (wie in Westdeutschland) + 1,1 Prozent.

Von 1992 auf 1993 hat sich in West- und Ostdeutschland wie auch in Baden-Württemberg und Thüringen eine leichte Abnahme der Erwerbstätigkeit eingestellt. Bis 1995 sind im Zuge eines Zwischenhochs die Erwerbstätigenzahlen in Ostdeutschland und in Thüringen merklich angestiegen, aber in Westdeutschland und in Baden-Württemberg leicht zurückgegangen. Danach ging es in Westdeutschland

8) Münzenmaier, Werner/Weiß, Reinhold: Auswirkungen einer geänderten Lohnsteuerzerlegung – Quantifizierung pendlerbedingter Zerlegungseffekte und Bedeutung der zentralen Lohnsteuerabführung. Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Hrsg.): Statistische Analysen, Heft 2/2014. Stuttgart, April 2015.

Abbildung 9: Entwicklung der Zahl der Erwerbstätigen in Baden-Württemberg und in Thüringen 1991 bis 2021



1) Jeweils ohne Berlin.
 Datenquelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“.

und in Baden-Württemberg bis 2001/2002 kontinuierlich nach oben, während in Ostdeutschland und Thüringen, nach ausgeprägten Schwankungen und einem konjunkturbedingten Rückgang nach 1999, im Jahr 2002 das Niveau von 1993 ungefähr wieder erreicht wurde. Die nachfolgende Erholung verlief dann in den vier Vergleichsgebieten bis 2008 recht parallel. Im Anschluss hat sich bis 2018/2019 in Westdeutschland und in Baden-Württemberg ein ausgesprochen kontinuierlicher Erwerbstätigenaufbau eingestellt, während vor allem in Thüringen der Erwerbstätigenstand stagniert hat. Der anschließende Rückgang der Erwerbstätigkeit bis 2021 war dann in Ostdeutschland und insbesondere in Thüringen wieder ausgeprägter als im Westen.

Betrachtet man die ökonomischen Hintergründe, ist es keinesfalls so, dass im Osten nach der Wiedervereinigung kein wirtschaftlicher Aufbau stattgefunden hat. So ist im Zeitraum 1991 bis 2005 das reale, also preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt in Ostdeutschland um stattliche 65,8 Prozent und in Thüringen sogar um 79,8 Prozent angestiegen, in Westdeutschland und in Baden-Württemberg ist das Wirtschaftswachstum mit jeweils +14,9 Prozent deutlich geringer ausgefallen. Im sich anschließenden Zeitraum 2005 bis 2021 ist dann das Wachstum mit +20,7 Prozent in Westdeutschland und +25,8 Prozent in Baden-Württemberg etwas kräftiger gewesen als in Ostdeutschland mit +18,6 Prozent und in Thüringen mit +17,1 Prozent.⁹⁾ Dass die Er-

werbstätigenentwicklung im Osten mit der starken gesamtwirtschaftlichen Aufbauphase nicht Schritt halten konnte, ist durch eine im Zuge der technologischen und wirtschaftlichen Transformation erfolgte massive Produktivitätssteigerung zu erklären. Allein zwischen 1991 und 1994 ist die Arbeitsproduktivität, gemessen am realen Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen, in Ostdeutschland um 56,5 Prozent und in Thüringen sogar um 73,1 Prozent angestiegen, während sie in Baden-Württemberg und in Westdeutschland stagniert hat. Zwischen 1991 und 2005 waren es in Ostdeutschland +98,9 Prozent und damit mehr als elfmal so viel wie in Westdeutschland mit +8,8 Prozent, und in Thüringen mit +118,5 Prozent sogar 16-mal so viel wie in Baden-Württemberg mit +7,6 Prozent. Nach 2005 lagen die Veränderungsraten der Arbeitsproduktivität in den vier Vergleichsgebieten wieder näher beieinander. Dennoch beliefen sich im gesamten Zeitraum 1991 bis 2021 die Produktivitätssteigerungen in Ostdeutschland mit +115,8 Prozent auf das 8,1-fache der entsprechenden Ausweitungen in Westdeutschland mit +14,3 Prozent. Und in Thüringen war es mit +153,7 Prozent das 8,3-fache im Vergleich zu Baden-Württemberg mit +18,5 Prozent.

Arbeitslosigkeit

Der Arbeitsplatzabbau in Ostdeutschland und Thüringen hat erhebliche Auswirkungen auf die Er-

9) Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (Hrsg.): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Reihe 1, Länderergebnisse Band 1, Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2021, Berechnungsstand November 2021/Februar 2022, a. a. O.

werbs- und Arbeitslosigkeit. Dies geht bereits aus den Erwerbslosenzahlen für Thüringen hervor, die in Abbildung 7 für ausgewählte Jahre wiedergegeben wurden. Betrachtet man die Erwerbslosenquote als Anteil der Erwerbslosen an der Bevölkerung in allen Jahren, so wurden in Thüringen in den Jahren 1993 und 1998 mit 10 Prozent ausgesprochen hohe Werte ermittelt, 1991 waren es noch 6,5 Prozent. Zum Vergleich: In Baden-Württemberg waren es 1,6 Prozent im Jahr 1991, dann 3 Prozent im Jahr 1993 und 3,6 Prozent im Jahr 1998.

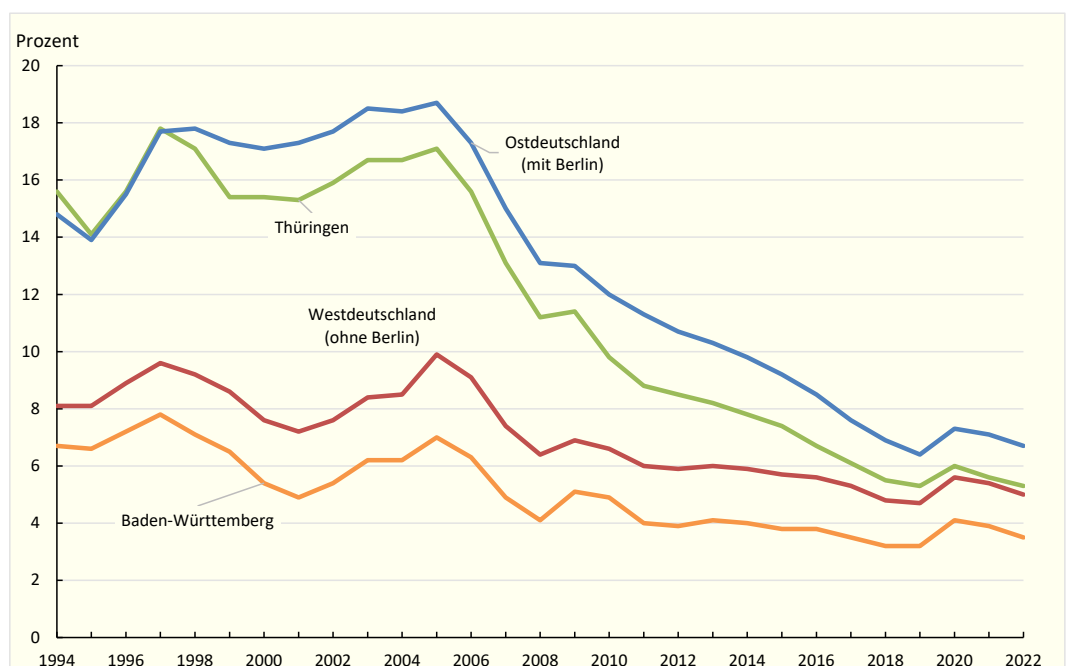
Für die Jahre 1991 bis 1993 sind Arbeitslosenquoten in der Definition „Arbeitslose je abhängige zivile Erwerbspersonen“ für die beiden Teilgebiete Deutschlands verfügbar. Die so definierte Arbeitslosenquote ist in Westdeutschland (ohne Berlin) von 6,2 Prozent im Jahr 1991 über 6,4 Prozent und 8 Prozent in den Jahren 1992 und 1993 auf 9 Prozent im Jahr 1994 angestiegen. In Ostdeutschland (mit Berlin) war das Niveau deutlich höher, außerdem der Anstieg, ausgehend von 10,2 Prozent im Jahr 1991 über 14,4 Prozent (1992) und 15,4 Prozent (1993) bis 15,7 Prozent im Jahr 1994 etwas steiler.

Für die Jahre ab 1994 liegen Arbeitslosenquoten in der Definition „Arbeitslose je zivile Erwerbspersonen insgesamt“ für alle Länder vor. Die so bestimmte Arbeitslosenquote ist im i-Punkt „Definitionen und Begriffsbestimmungen“ näher erläutert, die Zahlen für

West- und Ostdeutschland bzw. Baden-Württemberg und Thüringen finden sich für den Zeitraum 1994 bis 2022 in Abbildung 10. Im ersten dort aufgezeichneten Jahr 1994 waren die Arbeitslosenquoten in Thüringen (15,6 Prozent) und in Ostdeutschland mit Berlin (14,8 Prozent) ungefähr doppelt so hoch wie in Baden-Württemberg (6,7 Prozent) und in Westdeutschland ohne Berlin (8,1 Prozent). Nach einem Rückgang im Jahr 1995 auf 14,1 Prozent in Thüringen bzw. 13,9 Prozent in Ostdeutschland folgte bis 1997 ein deutlicher Anstieg auf 17,8 Prozent in Thüringen und 17,7 Prozent in Ostdeutschland. Während damit für Thüringen bereits die höchste Quote erreicht würde, ging es in Ostdeutschland mit Unterbrechungen weiter nach oben bis auf 18,7 Prozent im Jahr 2005. Überhaupt hat sich die Arbeitslosigkeit in Thüringen danach günstiger entwickelt und lag, bei ansonsten parallelem Verlauf, immer unter dem Niveau in Ostdeutschland. 2022 erreichte die Arbeitslosenquote in Thüringen den (vorläufigen) Tiefpunkt mit 5,3 Prozent gegenüber 6,7 Prozent in Ostdeutschland.

In Westdeutschland und in Baden-Württemberg ist die Arbeitslosenquote über die Jahre hinweg, trotz deutlich ausgeprägter konjunktureller Schwankungen, insgesamt gesehen ruhiger verlaufen und immer unter dem Niveau von Ostdeutschland und Thüringen geblieben. Im Zeitraum 1998 bis 2005 betrug die Abstände zwischen Ost- und Westdeutschland 8,6 Prozentpunkte (1998) bis 10,2 Pro-

Abbildung 10: Entwicklung der Arbeitslosenquoten^{*)} in Baden-Württemberg und in Thüringen 1994 bis 2022



^{*)} Arbeitslosenquote aller zivilen Erwerbspersonen.
Datenquelle: Bundesagentur für Arbeit.

zentpunkte (2001 und 2002), zwischen Thüringen und Baden-Württemberg 8,9 Prozentpunkte (1999) und 10,5 Prozentpunkte (2002 bis 2004). Danach hat sich im Zuge einer unübersehbaren Entspannung im Osten eine schrittweise Annäherung ergeben – in den Jahren 2020 bis 2022 lagen die Arbeitslosenquoten in Thüringen nur noch um 0,2 bis 0,4 Prozentpunkte höher als in Westdeutschland; gegenüber Baden-Württemberg haben sich die Unterschiede auf 1,7 bis 1,9 Prozentpunkte verringert. Auffallend ist schließlich, dass im Rahmen der unterschiedlichen Trends die konjunkturbedingten Schwankungen schon ab 1997, besonders deutlich aber ab 2001 in Ost- und Westdeutschland bzw. in Thüringen und in Baden-Württemberg etwa gleich ausgeprägt waren.

Unter allen Ländern haben Bayern und Baden-Württemberg im gesamten Betrachtungszeitraum die geringsten Arbeitslosenquoten aufgewiesen, in den Jahren 2001 bis 2008 waren sie in Baden-Württemberg sogar am niedrigsten. Im Osten wurden unter den Flächenländern in den Jahren 1994 bis 1997 in Brandenburg und in Sachsen und außerdem in Berlin die geringsten Arbeitslosenquoten gemessen, ab 1998 war Thüringen das ostdeutsche Land mit den niedrigsten Arbeitslosenquoten. Auch gegenüber den westdeutschen Flächenländern Nordrhein-Westfalen (ab 2013) und Saarland (ab 2016) sowie den beiden anderen Stadtstaaten Bremen (ab 2008) und Hamburg (ab 2016) hat Thüringen insoweit besser abgeschnitten. Das gute Ranking Thüringens wird allerdings durch die Nähe zu den westdeutschen Ländern Niedersachsen, Hessen und Bayern begünstigt, in denen viele Berufspendelnde mit Wohnsitz in Thüringen Arbeit finden. Aus diesen Gründen werden seit langem in den Landkreisen Eichsfeld, Wartburgkreis, Schmalkalden-Meiningen, Hildburghausen, Sonneberg und Saale-Holzland-Kreis mit die niedrigsten Arbeitslosenquoten Thüringer Kreise registriert.

Zusammenfassung

Wachsen die bis 1990 getrennten Teile Deutschlands nach über 30 Jahren inzwischen zusammen? Oder haben sich Unterschiede verfestigt? Diesen Fragen wird im vorliegenden Beitrag mit besonderem Blick auf die beiden Länder Baden-Württemberg und Thüringen anhand demografischer und ökonomischer Eckdaten nachgegangen.

Zwischen 1991 und 2021 hat, wesentlich bedingt durch umfangreiche Ost-West-Binnenwanderungen, in Westdeutschland eine Bevölkerungszunahme (+ 8,2 Prozent) und in Ostdeutschland ein Bevölkerungsrückgang (– 14,7 Prozent) stattgefunden;

innerhalb beider Teilgebiete war der Bevölkerungsaufbau in Baden-Württemberg mit + 12,2 Prozent überdurchschnittlich stark ausgeprägt, ebenso der Bevölkerungsabbau in Thüringen mit – 18,4 Prozent. Die Umzüge von Ost- nach Westdeutschland waren vor allem in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung (1991: 229 200 Personen), außerdem im Zuge eines wirtschaftlichen Aufschwungs in Westdeutschland um die Jahrtausendwende (2001: 192 000 Personen) besonders umfangreich. Danach haben sie stetig abgenommen und sich inzwischen bei unter 90 000 Personen pro Jahr eingependelt. Dagegen haben sich die Umzüge von West- nach Ostdeutschland ab 1992 auf deutlich niedrigerem Niveau und vor allem in sehr engen Bandbreiten (zwischen 83 000 und 100 000 Personen) bewegt, wodurch sich in den letzten Jahren sogar ein leichter Wanderungsgewinn der neuen Länder eingestellt hat. Die Wanderungsbewegungen haben sich also deutlich normalisiert, es hat eine Annäherung stattgefunden. Dennoch: Im Zeitraum 1990 bis 2021 hat Westdeutschland durch Binnenwanderung netto 1,57 Millionen neue Einwohnerinnen und Einwohner aus Ostdeutschland gewonnen, das sind immerhin 10,6 Prozent bezogen auf die Bevölkerungszahl Ostdeutschlands im Jahr 1991 und entspricht mehr als der Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner Münchens (1,49 Millionen).

Thüringen hat, gemeinsam mit Sachsen-Anhalt, über die Jahre hinweg besonders viele Einwohnerinnen und Einwohner verloren – und zwar nicht nur an westdeutsche Länder wie vor allem Bayern und Hessen, aber auch Baden-Württemberg, sondern ebenso an ostdeutsche Länder, insbesondere Sachsen. In den letzten Jahren war jedoch auch in Thüringen der Wanderungssaldo zu einzelnen westdeutschen Ländern ausgeglichen oder leicht positiv. Baden-Württemberg hat seit der Wiedervereinigung zahlreiche ehemalige Bürgerinnen und Bürger ostdeutscher Länder aufgenommen.

Die Wanderungsbewegungen zwischen Baden-Württemberg und Thüringen entsprechen ziemlich genau dem Muster der Ost-West-Binnenwanderungen: Umfangreiche Fortzüge aus Thüringen nach Baden-Württemberg vor allem 1991 (7 460 Personen) und um die Jahrtausendwende (2001: 6 170 Personen), relativ gleichbleibende Fortzüge aus Baden-Württemberg nach Thüringen (zwischen knapp 2 000 und gut 3 000 Personen) und ein zuletzt ausgeglichener oder sogar leicht positiver Wanderungssaldo Thüringens.

Auffallend bei den Umzügen von Ost- nach Westdeutschland ist die Konzentration auf jüngere Altersgruppen. Beispielsweise waren in den ersten

Jahren nach der Wiedervereinigung gut ein Fünftel bis über ein Viertel aller von Thüringen nach Baden-Württemberg umgezogenen Menschen jünger als 18 Jahre, und über die Jahre hinweg machten die 18- bis unter 25-Jährigen ein Viertel bis ein Drittel der Übersiedlerinnen und Übersiedler von Thüringen nach Baden-Württemberg aus. Der Zuzug dieser und weiterer erwerbsaktiver Altersgruppen in den Südwesten war vor allem in wirtschaftlichen „Boomjahren“ recht ausgeprägt. Die damit einhergehenden Verschiebungen in der Altersstruktur beider Länder haben Auswirkungen auf wichtige Lebensbereiche.

So hat sich durch den Umzug von Kindern bzw. jungen Menschen der Anteil von Frauen und Männern im Alter der Familiengründungsphase im Westen dauerhaft erhöht, im Osten verringert. Darüber hinaus hat sich die zusammengefasste Geburtenziffer, die 1990 in Ostdeutschland noch höher lag als in Westdeutschland (1,52 gegenüber 1,45 Geburten je Frau), unmittelbar nach der Wende in Ostdeutschland fast halbiert und 1995 mit 0,84 den Wert in Westdeutschland (1,34) deutlich unterboten. Diese Diskrepanz hat sich in den Folgejahren zwar verringert und in einzelnen Jahren sogar umgekehrt, inzwischen liegt der Westen aber wieder vorne. Im Ergebnis hat die Zahl der Lebendgeborenen zwischen 1990 und 2021 in Baden-Württemberg lediglich um 4,2 Prozent, in Thüringen aber um stattliche 46,6 Prozent abgenommen.

Die Veränderungen im Altersaufbau im Zuge der Ost-West-Binnenwanderungen haben sich außerdem auf die Beteiligung der Menschen am Erwerbsleben ausgewirkt. Zwischen 1991 bis 2021 hat die Zahl der Erwerbspersonen in Baden-Württemberg (+ 20,6 Prozent) deutlich stärker zugenommen als die Bevölkerung (+ 12,2 Prozent), in Thüringen war die Entwicklung mit einem Erwerbspersonenrückgang um 26,2 Prozent bei einem Bevölkerungsabbau um 19,7 Prozent gerade umgekehrt. Dementsprechend hat in diesem Zeitraum die Erwerbsquote in Baden-Württemberg tendenziell zu-, in Thüringen tendenziell abgenommen.

Ein beträchtlicher Teil der in Thüringen lebenden Menschen im erwerbsfähigen Alter geht seiner täglichen Arbeit in einem anderen Land nach. Die Zahl der in Thüringen wohnenden Berufspendlerinnen und Berufspendler ist, durch die Nähe zu benachbarten westdeutschen Ländern, sogar recht hoch. Umgekehrt verhält es sich in Baden-Württemberg mit einem starken Sog an einpendelnden Beschäftigten. Die Erwerbstätigen am Arbeitsort haben im Zeitraum 1991 bis 2021 in Baden-Württemberg um 21,9 Prozent zu-, in Thüringen um 17 Prozent abgenommen. Dabei

hat sich in Thüringen allein zwischen 1991 und 1993 mit – 16,6 Prozent bzw. einem Arbeitsplatzabbau um 203 500 Menschen ein besonders starker Rückgang der Erwerbstätigenzahlen eingestellt. Nach verschiedenen Auf- und Abschwungphasen wurde 2021 mit 1,02 Millionen Erwerbstätigen der Stand von 1993 fast wieder erreicht. In Baden-Württemberg hat die Zahl der Erwerbstätigen im Rahmen konjunktureller Schwankungen von 1991 bis 2021 um 21,9 Prozent zugenommen, begünstigt durch den Zustrom zahlreicher Menschen, die zuvor in Ostdeutschland gelebt und gearbeitet haben.

Obwohl der drastische Arbeitsplatzabbau in Ostdeutschland durch den Umzug erwerbsfähiger Menschen in westdeutsche Länder bzw. ins Ausland abgemildert wurde, ist die Arbeitslosigkeit im Osten erheblich angewachsen. Die Arbeitslosenquoten betragen 1994 in Thüringen (15,6 Prozent) und in Ostdeutschland (14,8 Prozent) ungefähr das Doppelte wie in Baden-Württemberg (6,7 Prozent) bzw. in Westdeutschland (8,1 Prozent). Die höchste Arbeitslosenquote wurde in Thüringen 1997 mit 17,8 Prozent erreicht, in Ostdeutschland 2005 mit 18,7 Prozent. Danach erfolgte im gesamten Osten im Zuge gesamtwirtschaftlicher Verbesserungen eine merkliche Entspannung mit einer Arbeitslosenquote 2022 in Thüringen von 5,3 Prozent und in Ostdeutschland von 6,7 Prozent. Seit 1998 kann Thüringen die geringste Arbeitslosenquote aller ostdeutschen Länder für sich verbuchen. In Westdeutschland und in Baden-Württemberg sind die Arbeitslosenquoten immer niedriger gelegen als in Ostdeutschland bzw. in Thüringen. Zuletzt haben sich jedoch die Abstände von Thüringen zu Westdeutschland auf 0,3 Prozentpunkte und zu Baden-Württemberg auf 1,8 Prozentpunkte im Jahr 2022 erheblich verringert.

In der Gesamtbetrachtung kann festgestellt werden: Es gibt Bereiche, bei denen sich Ost- und Westdeutschland bzw. Thüringen und Baden-Württemberg nach anfangs erheblichen Unterschieden deutlich angeglichen haben, so beim Saldo der Binnenwanderungen und bei der Arbeitslosenquote. Gleichwohl haben die Netto-Abwanderungen über die Jahre in Ostdeutschland eine beträchtliche Lücke hinterlassen: Nicht nur in der beachtlichen Größenordnung von 1,57 Millionen Menschen, sondern auch in der Verschiebung der Altersstruktur mit Gewinnen Westdeutschlands an jungen Menschen im Alter der Familiengründung und der Erwerbsfähigkeit. Innerhalb Westdeutschlands hat Baden-Württemberg bei den hier untersuchten Indikatoren besser, innerhalb Ostdeutschlands hat Thüringen – abgesehen von der Entwicklung der Arbeitslosigkeit – eher schlechter abgeschnitten.